

Anfrage

der Abgeordneten Dr.ⁱⁿ Alma Zadic, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Inneres

betreffend „Kickl-Werbung des FPÖ-Bildungsinstituts auf unzensuriert.at“

BEGRÜNDUNG

Das Freiheitliche Bildungsinstitut schaltete am 05.04.2019 eine Werbeanzeige auf der rechten „Medienplattform“ unzensuriert.at. Diesbezüglich habe ich folgende zwei Screenshots gesichert:

Bundesministerium für Inneres

Herbert Kickl, Bundesminister für Inneres
Foto: EM

21. März 2019 - 11:03

Mehr zum Thema
FPÖ-Regierung

Der neuen Bundesregierung gehören sechs Minister und der Staatssekretär der Freiheitlichen Partei Österreichs an, die in den nächsten Wochen hier präsentiert werden. Hier die Zwischenbilanz des Bundesministeriums für Inneres:

- Neues sowie schärferes Asyl- und Fremdenrecht** Dazu gehören das Abschließen von illegal aufhängen oder strahligen Ausländern, Verlust des Asylstatus nach Heimatausfall und Auswertung von Handylogs bei Verdacht falscher Angaben.
- Klare Trennung von Asyl und Zuwanderung** Die Lohn ist kein Asylgrund. Bei nichtbegründeter Ablehnung von Asyl erfolgt die Abschiebung.
- Grenzsicherungseinheit „PUMA“** Sie steht für einen effizienten Grenzschutz gegen illegale Migration.
- Kampf dem politischen Islam** Dazu gehören der Symbol-Gesetz gegen islamistische Organisationen und die Ausweisung von Immigranten, die gegen das Blausgesetz verstoßen.
- Neues und schärferes Sexualstrafrecht** Unbedingte Haftstrafen für Vergewaltiger kommen.
- 4.100 zusätzliche Planstellen bei der Polizei** Das größte Sicherheitsbudget der Zweiten Republik b mehr Polizei auf den Straßen.
- Rekrutierungs- und Ausbildungsinitiative** Beschleunigte Aufnahmeverfahren bei der Polizei wird umgesetzt.
- Neue, moderne und bessere Ausrüstung für Österreichs Polizisten** Schutzweste und schussichere Schulwesten, neue Sturmgewehre sowie Taser schützen die Beamten.
- Barriere Polizei** Eine Pferdereinheit sorgt für mehr Sicherheit in Wiener Naherholungsgebieten.

Die Angliederung von Herbert Kickl als Bundesminister für Inneres erfolgte am 18. Dezember 2017. Mit ihm stiegen die Freiheitlichen erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik den Innenminister. Als Staatssekretärin teilten Karoline Edtstätter von der ÖVP abgeteilt.

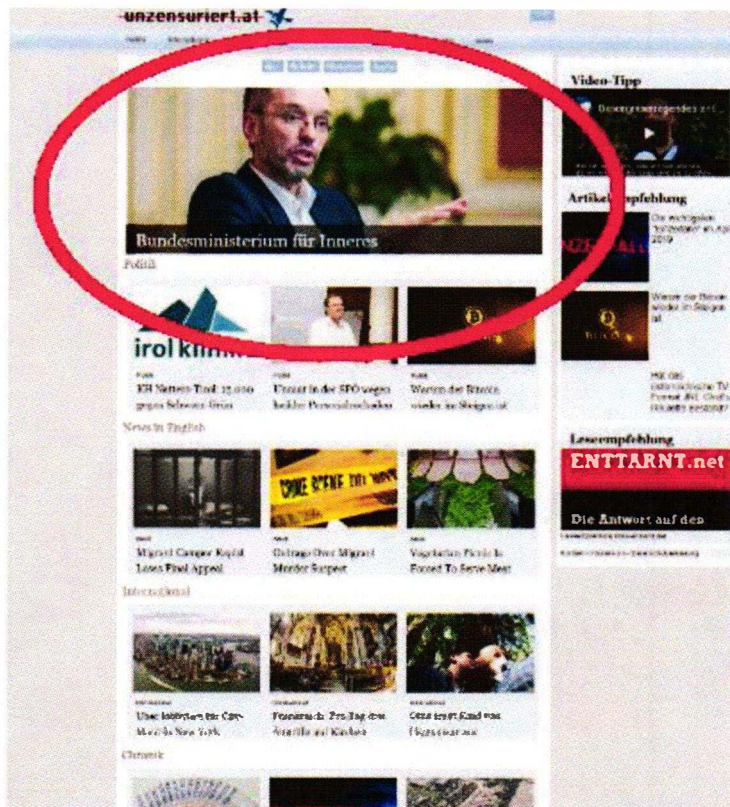
FPÖ: im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit
Entgeltliche Einschaltung

FPÖ Freiheitliches Bildungsinstitut

Politische Bildung aktuell

Partei Regierung Parlament

Screenshot Nr. 1 – Die Kickl-Webeanzeige im unzensuriert-Layout



Screenshot Nr. 2 – Vor dem Klick ist die Werbung als solche nicht zu erkennen

Inhalt der Anzeige war eine „Zwischenbilanz“ des FPÖ-Innenministers Kickl. Diese Werbeanzeige weist eine Reihe an politischen und rechtlichen Auffälligkeiten auf:

Auffälligkeit Nr. 1: Die „Zwischenbilanz“ von FPÖ-Minister Kickl scheint – im Vergleich mit den tatsächlichen politischen Gegebenheiten – stark geschönt zu sein. So fehlen prominente „Meilensteine“ aus der bisherigen Amtszeit von FPÖ-Kickl, wie etwa der BVT-Skandal und die Empfehlungen des BMI-Ressortsprechers zum Umgang mit „kritischen Medien“. Die entgeltlich geschaltete „Zwischenbilanz“ erweckt demnach den Eindruck, mehr Werbung für die Person des prominenten FPÖ-Politikers Herbert Kickl als „staatsbürgerliche Bildung“ iSd Publizistikförderungsgesetz 1984 (PubFG) zu sein. Dafür spricht auch das große Portraitfoto von Herbert Kickl, das auf der Einschaltung prangt. Das lässt die Frage offen, ob die Kickl-Webeschaltung des FPÖ-Bildungsinstituts den rechtlichen Anforderungen, die das PubFG an die Arbeit der Parteiakademien stellt, entspricht. Wäre dies nicht der Fall, wäre die Anzeige wohl als verbotene Parteispende gem. § 6 Abs. 6 Z 2 Parteiengesetz zu bewerten.

Auffälligkeit Nr. 2: Die Einschaltung ist grafisch wie ein Artikel von unzensuriert.at gestaltet. Dass es sich in Wahrheit um eine „entgeltliche Einschaltung“ handelt, erkennt der geneigte Leser/die geneigte Leserin erst bei eingehender Betrachtung (vgl. Screenshot 1). Auf der unzensuriert.at-Startseite fehlt jeglicher Hinweis, dass es sich bei dem Beitrag um eine Werbung handelt (vgl. Screenshot 2). Fraglich ist daher, ob die Kickl-Webeschaltung des FPÖ-Bildungsinstituts der Kennzeichnungspflicht des § 26 Mediengesetz genügt. In der Vergangenheit hat die Rechtsprechung bereits Verstöße gegen § 26 Mediengesetz damit begründet, dass Werbungen „den Eindruck von redaktionellen Beiträgen hinterließen, sich dabei nur schwer von den übrigen redaktionellen Teilen unterschieden“ und „aufgrund der Platzierung und Schriftgröße keine für den Durchschnittsleser wahrnehmbare Kennzeichnung vorläge“¹. Bei der Kickl-Webeschaltung des FPÖ-Bildungsinstituts könnte es sich um einen ähnlich gelagerten Fall handeln.

¹ JusGuide 2017/37/16088 (OGH).

Auffälligkeit Nr. 3: Herbert Kickl ist seit dem 18.12.2017 FPÖ-Minister. Quasi nebenbei ist Herbert Kickl jedoch auch Präsident des Freiheitlichen Bildungsinstituts (FBI). Besagtes Freiheitliches Bildungsinstitut hat die Werbeanzeige auf unzensuriert geschaltet. Das führt zu dem optisch unschönen Ergebnis, dass der FBI-Präsident Kickl auf der FPÖ-nahen „Medienplattform“ unzensuriert.at Werbung für den FPÖ-Innenminister Kickl schalten lässt. Mit Steuergeld, selbstverständlich.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

- 1) Entspricht die Kickl-Werbeschaltung des FPÖ-Bildungsinstituts den gesetzlichen Anforderungen des Publizistikförderungsgesetzes 1984?
- 2) Stellt die Kickl-Webeschaltung des FPÖ-Bildungsinstituts eine verbotene Parteispende iSd Parteiengesetzes dar?
- 3) Wie hoch waren die Kosten für diese Werbeeinschaltung und wie viel Steuergeld wurde dafür ausgegeben?
- 4) Finden Sie nicht, dass die „Medienplattform“ unzensuriert.at von Seiten der FPÖ – auch ohne diese Werbeschaltung – bereits ausreichend mit Steuergeld gefüttert wurde?
- 5) Halten Sie es für unvereinbar, dass der FBI-Präsident Kickl eine Werbeanzeige für den FPÖ-Minister Kickl schalten lässt?

Handwritten signatures and initials in blue ink, including a large signature on the right and several smaller ones below it.

